

§§ 7 Abs. 1 Alt. 1 und 2, 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 iVm § 32 GVG (→ § 4 Rn. 17) zur Amtsenthebung führen.¹⁰ Zu denken ist insbesondere an Vergehen mit zutiellem oder landwirtschaftlichem Bezug, zB uneidlicher Falschaussage¹¹ oder Betrug bei der Veräußerung landwirtschaftlicher Erzeugnisse¹².

IV. Enthebungsverfahren (Abs. 2)

Über die Amtsenthebung eines ehrenamtlichen Richters aus dem Geschäftsbereich eines Oberlandesgerichts hat der Erste Zivilsenat dieses Gerichts, über die eines ehrenamtlichen Richters des Bundesgerichtshofs hat der Erste Zivilsenat dieses Gerichts zu entscheiden (§ 7 Abs. 2 S. 1). Liegen die Voraussetzungen für die Amtsenthebung nach § 7 Abs. 1 vor, hat der Erste Zivilsenat kein Rechtsfolgenermessen, sondern muss den Richter zwingend seines Amtes entheben. Eines förmlichen Antrags bedarf es nicht. Das Enthebungsverfahren wird zumeist auf **Anregung des Landwirtschaftsgerichts** oder der für die Aufstellung der Vorschlagsliste zuständigen Stelle (→ § 4 Rn. 27ff.) eingeleitet werden. Da die Amtsenthebung obligatorisch ist, trifft das Landwirtschaftsgericht die Dienstpflicht, den Ersten Zivilsenat von den Tatsachen in Kenntnis zu setzen, von denen es meint, dass sie die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 erfüllen könnten. Während der Anhängigkeit des Enthebungsverfahrens ist der betroffene Richter nicht iSv § 6 Abs. 1 S. 2 an der Amtsausübung verhindert (Gegenschluss aus § 44b Abs. 3 DRiG, § 51 Abs. 3 GVG).¹³ In Betracht kommt aber, dass der zuständige Zivilsenat dem ehrenamtlichen Richter analog § 44b Abs. 3 DRiG, § 51 Abs. 3 GVG die Amtsausübung bis zur Entscheidung über die Amtsenthebung untersagt. Vor der Entscheidung über die Amtsenthebung ist der ehrenamtliche Richter gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 schriftlich oder mündlich anzuhören. Die Entscheidung ergeht analog § 113 Abs. 3 S. 1 GVG durch Beschluss. Sie kann von dem ehrenamtlichen Richter nicht angefochten werden, weil das Gesetz eine solche Anfechtungsmöglichkeit nicht vorsieht.¹⁴ Für Unanfechtbarkeit spricht auch ein Erst-Recht-Schluss aus § 44b Abs. 4 DRiG (zur Besetzungsrüge → Rn. 12f.).

Nach diesen Regelungen ist gemäß §§ 44b Abs. 2 DRiG auch zu verfahren, wenn ein ehrenamtlicher Richter nach §§ 44b Abs. 1, 44a Abs. 1 DRiG (→ Rn. 3) von seinem Amt abzuberufen ist.

V. Verstöße

Mit dem Vorliegen der Voraussetzungen für die Amtsenthebung eines ehrenamtlichen Richters gemäß § 7 Abs. 1 kann eine vorschriftswidrige Besetzung des Landwirtschaftsgerichts grundsätzlich nicht begründet werden. Ein ehrenamtlicher Richter, der im Verfahren nach § 4 Abs. 1 und 2 berufen worden ist, ist **solange der gesetzliche Richter** iSv Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG, § 16 S. 2 GVG, **als er nicht**

¹⁰ Ernst LwVG § 7 Rn. 13. AA – für § 51 GVG – Kissel/Mayer GVG § 51 Rn. 2 wegen Sperrwirkung der §§ 32, 52 Abs. 1 Nr. 1 GVG.

¹¹ OLG Celle Beschl. v. 10.6.1961 – 1 AR 156/61, RdL 1961, 238 (239).

¹² OLG Nürnberg Beschl. v. 1.11.1966 – 1 AR 3/66, RdL 1966, 325 (326).

¹³ AA Ernst LwVG § 7 Rn. 28 mwN.

¹⁴ Ernst LwVG § 7 Rn. 21f. mwN.

nach § 7 Abs. 2 seines Amtes enthoben worden ist.¹⁵ Eine andere Beurteilung ist nur veranlasst, wenn die Entscheidung des Ersten Zivilsenats, den ehrenamtlichen Richter im Amt zu belassen, auf objektiver Willkür beruhen sollte; insoweit gilt das zu § 4 Ausgeführte (→ § 4 Rn. 49) entsprechend.¹⁶ Dem wird gleich zu achten sein, wenn das Landwirtschaftsgericht objektiv willkürlich davon absehen sollte, dem Ersten Zivilsenat ihm bekannte Umstände anzuzeigen, die es nach § 7 Abs. 1 offensichtlich rechtfertigen, den betreffenden Richter seines Amtes zu entheben.

- 13 Nach diesen Grundsätzen ist auch zu verfahren, wenn die Gerichtsbesetzung mit der Begründung gerügt wird, ein an sich heranstehender ehrenamtlicher Richter sei in Ermangelung der Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 von seinem Amt entbunden worden; insoweit gilt das zu § 6 Abs. 3 Ausgeführte entsprechend (→ § 6 Rn. 24).¹⁷

§ 8 [Gemeinsames Gericht]

¹Die Landesregierung kann durch Rechtsverordnung Geschäfte aus den Bezirken mehrerer Amtsgerichte einem Amtsgericht übertragen. ²Sie kann eine solche Bestimmung auch für die Oberlandesgerichte treffen. ³Die Landesregierung kann diese Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltung übertragen.

I. Überblick

- 1 § 8 ermächtigt die Länder als *lex specialis* zu § 13a GVG, Verfahren in Landwirtschaftssachen aus den Bezirken mehrerer Gerichte einem Landwirtschaftsgericht zu übertragen. Die Vorschrift bezweckt die sachdienliche Erledigung von Landwirtschaftssachen durch Spezialisierung, da bei manchen Gerichten nur wenige dieser Verfahren anfallen.¹ Zudem erleichtert sie im Hinblick auf § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 (→ § 4 Rn. 14) die Gewinnung geeigneter ehrenamtlicher Richter.
- 2 In Rheinland-Pfalz ist zudem § 29 Abs. 2 HO-RhPf zu beachten, wonach gegen die Entscheidungen des Landwirtschaftsgerichts in Höfesachen (§ 1 Nr. 5) die Beschwerde zum OLG Koblenz stattfindet (→ § 1 Rn. 246).

II. Form der Übertragung

- 3 Gemäß § 8 S. 1 kann die Übertragung nur durch Rechtsverordnung der Landesregierung erfolgen (Art. 80 Abs. 1 S. 1 GG). Nach § 8 S. 3 kann die Landesregierung diese Ermächtigung auf die Landesjustizverwaltung übertragen. Gemäß Art. 80 Abs. 1 S. 4 GG bedarf auch diese Übertragung einer Rechtsverordnung.

¹⁵ BGH Beschl. v. 4. 11. 1994 – BLw 47/94, BGHZ 127, 327 (329) = Dtz 1995, 48; Beschl. v. 4. 12. 1992 – BLw 19/92, BGHZ 120, 352 (356) = NJW 1993, 857; Düsing/Martinez/Hornung LwVG § 7 Rn. 4.

¹⁶ Vgl. auch Kissel/Mayer GVG § 52 Rn. 19.

¹⁷ Vgl. auch Kissel/Mayer GVG § 51 Rn. 15, § 52 Rn. 18.

¹ BT-Drs. 1/3819, 21; Düsing/Martinez/Hornung LwVG § 8 Rn. 1.

III. Inhalt der Übertragung

Nach § 8 S. 1 können Geschäfte aus den Bezirken mehrerer Amtsgerichte einem 4
 Amtsgericht übertragen werden. Es spricht indes nichts dagegen, Geschäfte auch
 aus dem Bezirk nur eines Amtsgerichts einem anderen Amtsgericht zu übertragen
 (arg. a maiore ad minus; → Rn. 11). Nach dem Wortlaut der Bestimmung („Ge-
 schäfte“) erscheint es sogar möglich, nur einzelne Zuständigkeiten der Landwirt-
 schaftsgerichte nach § 1 Nr. 1–6 einem anderen Amtsgericht zu übertragen.² Diese
 Möglichkeit liefe aber den Konzentrationszwecken zuwider, weswegen sie auf
 Amtsgerichtsebene bislang von keinem Land genutzt worden ist. In Ländern mit
 mehreren Oberlandesgerichten kann die Zuständigkeit im zweiten Rechtszug in
 gleicher Weise bei einem Oberlandesgericht konzentriert werden (§ 8 S. 2). Rhein-
 land-Pfalz hat die Übertragung insoweit auf ein einzelnes Geschäft (§ 1 Nr. 1a) be-
 schränkt (→ Rn. 15).

IV. Rechtsverordnungen der Länder

1. Übersicht

Bis auf Hessen und Niedersachsen haben alle Länder gemäß § 8 S. 1 Geschäfte 5
 aus den Bezirken mehrerer Amtsgerichte einem Amtsgericht übertragen. Nord-
 rhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben eine solche Bestimmung nach § 8 S. 2
 auch für die Oberlandesgerichte getroffen, Rheinland-Pfalz allerdings nur für die
 streitigen Landwirtschaftssachen nach § 1 Nr. 1a. In dreizehn Ländern ist die Er-
 mächtigung gemäß § 8 S. 1 und 2 von der Landesregierung auf die Landesjustizver-
 waltung übertragen worden.

2. Übertragung der Ermächtigung auf die Landesjustiz- verwaltung (S. 3)

Die Landesregierungen folgender Länder haben die Landesjustizverwaltung er- 6
 mächtigt, eine Rechtsverordnung nach § 8 S. 1 und 2 zu erlassen:

Baden-Württemberg durch § 2 Nr. 19 SubVOJu v. 7. 9. 1998 (GBl. 561),

Bayern durch § 2 Nr. 22 DelV v. 28. 1. 2014 (GVBl. 22),

Berlin durch § 1 AGZustG v. 16. 11. 2007 (GVBl. 579),

Brandenburg durch § 1 Nr. 26 JuZÜV v. 9. 4. 2014 (GVBl. II Nr. 23),

Hamburg durch Nr. 10 ProzRWeiÜtrV v. 20. 8. 2002 (GVBl. 233),

**Mecklenburg-Vorpommern durch § 1 Nr. 25 ErmÜLVOJu v. 11. 10. 2006
 (GVBl. 755),**

Nordrhein-Westfalen durch § 1 ErmVO v. 26. 9. 1953 (GS. 533),

Rheinland-Pfalz durch § 1 Nr. 7 ErmVO v. 15. 12. 1982 (GVBl. 460),

Saarland durch § 61 AGJusG v. 5. 2. 1997 (ABl. I 258),

Sachsen durch § 1 Nr. 20 ZustÜVOJu v. 16. 10. 2014 (GVBl. 673),

Sachsen-Anhalt durch § 1 Nr. 31 JuVErmÜV v. 28. 3. 2008 (GVBl. 137),

**Schleswig-Holstein durch § 1 Nr. 21 JERMÜVO v. 4. 12. 1996 (GVBl.
 720) und**

² Ernst LwVG § 8 Rn. 6.

Thüringen durch § 1 Nr. 24 ThürErmÜVJ v. 25.10.2004 (GVBl. 846), gemäß deren § 2 Abs. 1 S. 1 mit Ablauf des 31.12.2015 außer Kraft getreten.

3. Übertragung der Geschäfte (S. 1 und 2)

- 7 a) Baden-Württemberg. ZuVOJu v. 20.11.1998 (GBl. 680), Titel neu durch VO v. 5.5.2008 (GBl. 162)

§ 4 [Landwirtschaftssachen]

(1) Geschäfte in Verfahren, auf die das Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen Anwendung findet, werden den Amtsgerichten, in deren Bezirk ein Landgericht seinen Sitz hat, für den gesamten Bezirk des jeweiligen Landgerichts zugewiesen.

(2) Abweichend von Absatz 1 sind zuständig:

1. für den Bezirk des Landgerichts Karlsruhe das Amtsgericht Karlsruhe;
 2. für den Bezirk des Landgerichts Konstanz das Amtsgericht Singen (Hohentwiel);
 3. im Bezirk des Landgerichts Heilbronn
 - a) das Amtsgericht Heilbronn für den Bezirk der Amtsgerichte Besigheim, Brackenheim, Heilbronn, Marbach am Neckar und Vaihingen an der Enz,
 - b) das Amtsgericht Schwäbisch Hall für den Bezirk der Amtsgerichte Künzelsau, Öhringen und Schwäbisch Hall;
 4. im Bezirk des Landgerichts Ravensburg
 - a) das Amtsgericht Biberach an der Riß für den Bezirk der Amtsgerichte Biberach an der Riß, Riedlingen und Saulgau,
 - b) das Amtsgericht Ravensburg für den Bezirk der Amtsgerichte Bad Waldsee, Leutkirch im Allgäu, Ravensburg, Tettnang und Wangen im Allgäu;
 5. für den Bezirk des Landgerichts Stuttgart das Amtsgericht Böblingen.
- 8 b) Bayern. GZVJu v. 11.6.2012 (GVBl. 295)

§ 46 [Landwirtschaftssachen]

¹Die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden Geschäfte in Landwirtschaftssachen werden jeweils dem Amtsgericht am Sitz des Landgerichts für alle Amtsgerichte des Landgerichtsbezirks übertragen. ²Das gilt für das Amtsgericht München auch hinsichtlich des Landgerichtsbezirks München II.

- 9 c) Berlin. ZuwV v. 8.5.2008 (GVBl. 116)

§ 12 [Landwirtschaftssachen]

Die Zuständigkeit für Entscheidungen des Amtsgerichts in Landwirtschaftssachen nach § 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 317–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 10a des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), in der jeweils geltenden Fassung wird im Bezirk des Kammergerichts dem Amtsgericht Schöneberg zugewiesen.

- 10 d) Brandenburg. GerZV v. 2.9.2014 (GVBl. II Nr. 62)

§ 8 Zuständigkeitskonzentrationen in Landwirtschaftssachen**Die Amtsgerichte**

1. Cottbus für den Landgerichtsbezirk Cottbus,
 2. Frankfurt (Oder) für den Landgerichtsbezirk Frankfurt (Oder),
 3. Neuruppin für den Landgerichtsbezirk Neuruppin und
 4. Rathenow für den Landgerichtsbezirk Potsdam
- sind zuständig für Verfahren nach § 1 des Gesetzes über gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen und nach § 65 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes.

e) Bremen. LwZustV v. 7.10.1953 (GBI. 1953,108) 11

§ 1

Geschäfte aus dem Bezirk des Amtsgerichts Bremen-Blumenthal, die im gerichtlichen Verfahren für Landwirtschaftssachen zu erledigen sind, werden dem Amtsgericht Bremen übertragen.

f) Hamburg. LwAGNeuRZustV v. 22.3.2004 (GVBl. 187) 12

§ 1

Dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf werden die Verfahren in Landwirtschaftssachen für die Bezirke aller hamburgischen Amtsgerichte mit Ausnahme des Bezirks des Amtsgerichts Hamburg-Harburg zugewiesen.

§ 2

Die Zuständigkeit für Landwirtschaftssachen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bei den Amtsgerichten Hamburg-Barmbek und Hamburg-St.Georg anhängig sind, geht auf das Amtsgericht Hamburg-Bergedorf über. Im Übrigen bleiben die Zuständigkeiten für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung anhängigen Landwirtschaftssachen unberührt.

g) Mecklenburg-Vorpommern. KonzVO v. 28.3.1994 (GVBl. 514) 13

§ 2 [Landwirtschaftssachen]

Für die zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörenden Verfahren in Landwirtschaftssachen nach § 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen und § 65 Landwirtschaftsanpassungsgesetz sind die Amtsgerichte am Sitz der Landgerichte für den jeweiligen Landgerichtsbezirk zuständig.

h) Nordrhein-Westfalen. LwÜV v. 25.8.1977 (GV. 342) 14

§ 1

Die Landwirtschaftssachen werden zugewiesen:

1. im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf
 - a) dem Amtsgericht Erkelenz für die Amtsgerichtsbezirke Erkelenz, Geilenkirchen und Heinsberg,
 - b) dem Amtsgericht Grevenbroich für die Amtsgerichtsbezirke Grevenbroich, Mönchengladbach und Mönchengladbach-Rheydt,
 - c) dem Amtsgericht Kempen für die Amtsgerichtsbezirke Kempen, Krefeld und Nettetal,
 - d) dem Amtsgericht Kleve für die Amtsgerichtsbezirke Emmerich und Kleve,

- e) dem Amtsgericht Mettmann für die Amtsgerichtsbezirke Düsseldorf, Langenfeld (Rhld.), Mettmann, Ratingen, Remscheid, Solingen, Velbert und Wuppertal,
 - f) dem Amtsgericht Rheinberg für die Amtsgerichtsbezirke Moers und Rheinberg,
 - g) dem Amtsgericht Wesel für die Amtsgerichtsbezirke Dinslaken, Duisburg, Duisburg-Hamborn, Duisburg-Ruhrort, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen und Wesel;
2. im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm
- a) dem Amtsgericht Ahaus für die Amtsgerichtsbezirke Ahaus und Gronau (Westf.),
 - b) dem Amtsgericht Arnsberg für die Amtsgerichtsbezirke Arnsberg und Meschede,
 - c) dem Amtsgericht Beckum für die Amtsgerichtsbezirke Ahlen und Beckum,
 - d) dem Amtsgericht Borken für die Amtsgerichtsbezirke Bocholt und Borken,
 - e) dem Amtsgericht Brakel für die Amtsgerichtsbezirke Brakel und Höxter,
 - f) dem Amtsgericht Brilon für die Amtsgerichtsbezirke Brilon, Marsberg und Medebach,
 - g) dem Amtsgericht Coesfeld für die Amtsgerichtsbezirke Coesfeld und Dülmen,
 - h) dem Amtsgericht Dorsten für die Amtsgerichtsbezirke Bottrop, Dorsten, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen-Buer, Gladbeck und Marl
 - i) dem Amtsgericht Essen für die Amtsgerichtsbezirke Essen, Essen-Borbeck und Essen-Steele,
 - k) dem Amtsgericht Herford für die Amtsgerichtsbezirke Bünde und Herford,
 - l) dem Amtsgericht Kamen für die Amtsgerichtsbezirke Kamen und Lünen,
 - m) dem Amtsgericht Lemgo für die Amtsgerichtsbezirke Detmold und Lemgo,
 - n) dem Amtsgericht Lennestadt für die Amtsgerichtsbezirke Lennestadt und Olpe,
 - o) entfallen,
 - p) dem Amtsgericht Lüdenscheid für die Amtsgerichtsbezirke Altena, Lüdenscheid, Meinerzhagen und Plettenberg,
 - q) dem Amtsgericht Menden (Sauerland) für die Amtsgerichtsbezirke Iserlohn und Menden (Sauerland),
 - r) entfallen,
 - s) dem Amtsgericht Paderborn für die Amtsgerichtsbezirke Delbrück und Paderborn,
 - t) dem Amtsgericht Recklinghausen für die Amtsgerichtsbezirke Bochum, Castrop-Rauxel, Herne, Herne-Wanne und Recklinghausen,
 - u) dem Amtsgericht Rheda-Wiedenbrück für die Amtsgerichtsbezirke Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück,
 - v) dem Amtsgericht Schwelm für die Amtsgerichtsbezirke Hagen, Hattingen, Schwelm, Wetter und Witten,

- w) dem Amtsgericht Soest für die Amtsgerichtsbezirke Soest und Warstein,
 - x) dem Amtsgericht Steinfurt für die Amtsgerichtsbezirke Rheine und Steinfurt,
 - y) dem Amtsgericht Unna für die Amtsgerichtsbezirke Dortmund, Hamm, Schwerte und Unna;
3. im Oberlandesgerichtsbezirk Köln
- a) dem Amtsgericht Aachen für die Amtsgerichtsbezirke Aachen, Eschweiler und Monschau,
 - b) dem Amtsgericht Bergheim für die Amtsgerichtsbezirke Bergheim, Brühl, Kerpen und Köln,
 - c) dem Amtsgericht Bergisch Gladbach für die Amtsgerichtsbezirke Bergisch Gladbach, Leverkusen und Wermelskirchen,
 - d) dem Amtsgericht Euskirchen für die Amtsgerichtsbezirke Euskirchen und Schleiden,
 - e) dem Amtsgericht Gummersbach für die Amtsgerichtsbezirke Gummersbach und Wipperfürth,
 - f) dem Amtsgericht Siegburg für die Amtsgerichtsbezirke Bonn, Königswinter, Rheinbach und Siegburg.

§ 2

Die den Oberlandesgerichten zugewiesenen Entscheidungen in Landwirtschaftssachen werden für die Bezirke der Oberlandesgerichte Düsseldorf und Köln dem Oberlandesgericht Köln übertragen.

- i) Rheinland-Pfalz. ZivilZustV v. 22. 11. 1985 (GVBl. 267)

15

§ 5 [Zuständigkeit in Landwirtschaftssachen]

(1) Die Landwirtschaftssachen werden folgenden Amtsgerichten für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte zugewiesen:

1. im Landgerichtsbezirk Bad Kreuznach
dem Amtsgericht Bad Kreuznach für die Bezirke der Amtsgerichte Bad Kreuznach, Bad Sobernheim und Simmern/Hunsrück,
2. im Landgerichtsbezirk Koblenz
 - a) dem Amtsgericht Altenkirchen (Westerwald) für die Bezirke der Amtsgerichte Altenkirchen (Westerwald) und Betzdorf,
 - b) dem Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler für die Bezirke der Amtsgerichte Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig,
 - c) dem Amtsgericht Diez für die Bezirke der Amtsgerichte Diez und Lahnstein,
 - d) dem Amtsgericht Montabaur für die Bezirke der Amtsgerichte Montabaur und Westerburg,
 - e) dem Amtsgericht Koblenz für die Bezirke der Amtsgerichte Koblenz und Sankt Goar,
 - f) dem Amtsgericht Mayen für die Bezirke der Amtsgerichte Andernach und Mayen,
 - g) dem Amtsgericht Neuwied für die Bezirke der Amtsgerichte Linz am Rhein und Neuwied,
3. im Landgerichtsbezirk Mainz
dem Amtsgericht Alzey für die Bezirke der Amtsgerichte Alzey, Bingen am Rhein, Mainz und Worms,

4. im Landgerichtsbezirk Trier
dem Amtsgericht Wittlich für die Bezirke der Amtsgerichte Bernkastel-Kues, Bitburg, Daun, Hermeskeil, Prüm, Saarburg, Trier und Wittlich,
5. im Landgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz)
dem Amtsgericht Bad Dürkheim für die Bezirke der Amtsgerichte Bad Dürkheim, Frankenthal (Pfalz), Grünstadt, Ludwigshafen am Rhein, Neustadt an der Weinstraße und Speyer,
6. im Landgerichtsbezirk Kaiserslautern
dem Amtsgericht Kaiserslautern für die Bezirke der Amtsgerichte Kaiserslautern und Kusel,
7. im Landgerichtsbezirk Landau in der Pfalz
dem Amtsgericht Landau in der Pfalz
für die Bezirke der Amtsgerichte Germersheim, Kandel und Landau in der Pfalz,
8. im Landgerichtsbezirk Zweibrücken
dem Amtsgericht Zweibrücken für die Bezirke der Amtsgerichte Landstuhl, Pirmasens und Zweibrücken.
(2) Die Entscheidung über Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Landwirtschaftsgerichte in Verfahren nach § 1 Nr. 1a des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen wird dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken für die Bezirke der Oberlandesgerichte Koblenz und Zweibrücken zugewiesen.
(3) Die am 1. Januar 1986 bei den bisher zuständigen Gerichten anhängigen Verfahren gehen in der Lage, in der sie sich befinden, auf die nach dieser Verordnung zuständigen Gerichte über.

16 j) Saarland. ZivVZustV v. 15.7.1994 (Abl. 1119)

§ 6 [Zuständigkeit in Landwirtschaftssachen]

Die Geschäfte in Landwirtschaftssachen werden im ersten Rechtszug übertragen

1. dem Amtsgericht Saarbrücken die Geschäfte aus dem Bezirk des Amtsgerichts Völklingen,
2. dem Amtsgericht Homburg die Geschäfte aus dem Bezirk des Amtsgerichts St. Ingbert,
3. dem Amtsgericht Ottweiler die Geschäfte aus dem Bezirk des Amtsgerichts Neunkirchen,
4. dem Amtsgericht Saarlouis die Geschäfte aus dem Bezirk des Amtsgerichts Lebach.

17 k) Sachsen. JOrgVO v. 7.3.2016 (GVBl. 103)

§ 19 [Landwirtschaftssachen]

Für die den Amtsgerichten obliegenden Landwirtschaftssachen (§ 1 des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen, § 65 LwAnpG) sind zuständig:

1. das Amtsgericht Bautzen für die Bezirke der Landgerichte Dresden und Görlitz;
2. das Amtsgericht Torgau für den Bezirk des Landgerichts Leipzig;
3. das Amtsgericht Zwickau für den Bezirk der Landgerichte Chemnitz und Zwickau.